

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Verhandlungen des ... Allgemeinen Landtags des Großherzogtums Oldenburg**

**Staat Oldenburg**

**Oldenburg, [O.], Nachgewiesen Landtag 1.1849 - 33.1916/19**

2. Versammlung 06.11.1917-19.03.1918

[urn:nbn:de:gbv:45:1-151036](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-151036)

# Protokolle

über die

## Verhandlungen der 2. Versammlung

des

### XXXIII. Landtags

des

### Großherzogtums Oldenburg.



Oldenburg, 1918.

Schulzefche Hof-Buchdruckerei (H. Schwarz).



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXIII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Vorläufige und erste ordentliche Sitzung.

Oldenburg, den 6. November 1917, mittags 12 Uhr.

**Vorsitzender: Alterspräsident Alfs, später Präsident Schröder.**

Der Geh. Oberfinanzrat Gramberg überreichte im Auftrage der Staatsregierung die Akten über die Wahl des Abg. Weyand.

Der älteste Abg. Alfs übernahm den Vorsitz und berief die Abgeordneten Griep und Dmmen zu Schriftführern.

Bei der Verlesung des Verzeichnisses der Abgeordneten durch den Schriftführer Griep wurde festgestellt, daß der Abg. von Levezow fehlte (entschuldigt).

Es wurde nunmehr in die Prüfung der Wahllisten eingetreten und zunächst 3 Abteilungen gebildet:

1. Abteilung die Wahlkreise 15—24,
2. " " " 25—29, 1—4,
3. " " " 5—14.

Durchs Los wurde bestimmt, daß die Prüfung der Akten der dritten Abteilung zufiel. Die Sitzung wurde auf 10 Minuten ausgesetzt, nach deren Ablauf die Abteilung durch den Berichterstatter Abg. Müller beantragte, die Wahl des Abg. Weyand nicht zu beanstanden. Der Antrag wurde angenommen.

Der Vorsitzende zeigte sodann der Staatsregierung an, daß 44 Abgeordnete anwesend seien.

Minister Kuhstrat erklärte darauf im Namen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs die 2. Versammlung des XXXIII. Landtages für eröffnet. Der Alterspräsident brachte auf Seine Königliche Hoheit ein dreimaliges Hoch aus, in das der Landtag einstimmte.

Abg. Müller beantragte, das Präsidium auf die Dauer der Tagung zu wählen. Der Antrag wurde ange-

nommen. Zum Präsidenten wurde durch Stimmzettel mit 40 Stimmen der Abg. Schröder gewählt, der sofort den Vorsitz übernahm, zum Vizepräsidenten, ebenfalls durch Stimmzettel, der Abg. Tanzen (Stollhamm) mit 39 Stimmen. Zu Schriftführern wurden auf Antrag des Abg. Tanzen (Heering) durch Zuruf die Abgeordneten Griep, Dmmen und Schipper gewählt. Es folgte die eidliche Verpflichtung des neugewählten Abg. Weyand mittels Handschlags gemäß Artikel 130 des Staatsgrundgesetzes.

Sodann wurde die Geschäftsverteilung vorgenommen. Es wurde beschlossen, die drei bisherigen Ausschüsse ohne Aenderung ihrer Zusammensetzung beizubehalten mit der Maßgabe, daß der Abg. Weyand an Stelle seines Vorgängers, des bisherigen Abg. Henn, dem Verwaltungsausschuß angehören sollte. Es ergab sich daraus folgende Verteilung:

#### Finanzausschuß:

1. Tappenbeck (stellvertretender Vorsitzender), 2. tom Dieck, 3. Brumund, 4. Schipper, 5. Tanzen (Heering), 6. Hug, 7. Jordan, 8. von Levezow, 9. Fick, 10. Buddenberg, 11. Hollmann, 12. Feldhus, 13. Schröder (Vorsitzender), 14. Feigel, 15. Griep, 16. Mohr, 17. Enneking.

#### Eisenbahnausschuß:

1. Müller (stellvertretender Vorsitzender), 2. Wessels (Vorsitzender), 3. Lanje, 4. Bäuerle, 5. Schmidt (Delmenhorst), 6. Kleen, 7. Plate, 8. Westendorf, 9. König, 10. Möller, 11. Koopmann.

## Verwaltungsausschuß:

1. Schmidt (Zetel), 2. Dörr, 3. Steenbock, 4. Tanzen (Stollhamm) [Vorsitzender], 5. Tanzen (Kobdenkirchen), 6. Ommen, 7. Dannemann, 8. Behrens, 9. Bull, 10. Heitmann, 11. Alfs, 12. Driever (stellvertretender Vorsitzender), 13. von Frieden, 14. Weyand, 15. Hartong, 16. Berding, 17. Meyer.

Der Gesamtvorstand wurde beauftragt, am 16. November Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzoge die Glückwünsche des Landtags zu überbringen.

Es wurde beschlossen, die beiden bisherigen Stenographen für die Landtagsverhandlungen zuzuziehen.

Sodann verlas der Präsident das Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen, die auf die Ausschüsse verteilt wurden.

1. Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend das Beitragsverhältnis zu den Gesamtausgaben des Großherzogtums.

Finanzausschuß.

2. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse für das Jahr 1918.

Finanzausschuß.

3. Schreiben, betreffend Neuwahl eines Mitgliedes der verstärkten Ober-Ersatzkommission für das Herzogtum und eines stellvertretenden Mitgliedes.

Plenum.

4. Uebersichten über die Erträge der Staatsforsten der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld im Forstbetriebsjahr 1915/16.

Finanzausschuß.

5. Bericht über den Bestand und die Geschäftsführung der Staatsschuldentilgungskasse.

Eisenbahnausschuß.

6. Schreiben, betreffend die Verwendung der Ueberschüsse der Landesparkasse.

Verwaltungsausschuß.

7. Nachweisungen der Unterstützungen an Witwen von Zivilstaatsdienern usw., die vor 1903 gestorben sind.

Finanzausschuß.

8. Abschluß der Eisenbahnbetriebskasse für 1916.

Eisenbahnausschuß.

9. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Herzogtums Oldenburg für 1918.

Finanzausschuß.

10. Entwürfe von Gesetzen, betreffend Aenderung der Schulgesetze für das Herzogtum Oldenburg, für das Fürstentum Lübeck und für das Fürstentum Birkenfeld.

Verwaltungsausschuß.

11. Antrag auf Genehmigung der Uebernahme der Bürgerschaft aus dem Vertrage mit der Chemischen Fabrik Oldenbrof, betreffend die Trocknungsanlage derselben.

Verwaltungsausschuß.

12. Schreiben, betreffend die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkassen der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für das Jahr 1918.

Finanzausschuß.

13. Uebersichten über die Erträge der Staatsforsten des Herzogtums für 1916/17.

Finanzausschuß.

14. Antrag auf Zustimmung zu dem Nachtrage zu dem Uebereinkommen, betreffend Maßregeln zum Schutz und zur Hebung der Fischerei.

Verwaltungsausschuß.

15. Antrag auf Zustimmung zum Ankauf von Grundbesitz für die Seefahrtsschule in Elsfleth.

Finanzausschuß.

16. Antrag auf Bewilligung von 44 500 M aus dem Weferfonds zu den Kosten der Herstellung eines Umleitungsgrabens zwischen Mühlenhunte und Osternburger Kanal.

Finanzausschuß.

17. Bericht über den Vermögensbestand und die Geschäftsführung der Staatlichen Kreditanstalt für 1916.

Verwaltungsausschuß.

18. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1918.

Finanzausschuß.

19. Schreiben, betreffend die nach dem Stande der Katasterfortschreibung für das Steuerjahr 1917 berichtigten Eisenbahn-Grundstücks- und Gebäude-Verzeichnisse der Landtagsregistratur.

Eisenbahnausschuß.

20. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Jahr 1918.

Finanzausschuß.

21. Voranschlag der Eisenbahnbetriebskasse für das Jahr 1918.

Eisenbahnausschuß.

22. Landeskasse-Rechnung des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1914.

Finanzausschuß.

23. Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahnbaufonds für 1916 usw., sowie Voranschlag des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1918.

Eisenbahnausschuß.

Ferner wurden vom Präsidenten folgende Eingänge zur Kenntnis gebracht:

1. Selbständiger Antrag des Abg. Müller:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtag Auskunft über den Stand der Verhandlungen mit Preußen über den Bau des Kanals von Oldenburg über Campe nach der Ems zu erteilen.

Eisenbahnausschuß.

2. Selbständiger Antrag des Abg. Müller:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtage alljährlich Nachweisungen über den Abschluß der einzelnen Landeskassen für das vorhergehende Finanzjahr vorzulegen und dabei die Genehmigung des Landtags zu den nach-



gewiesenen Voranschlags-Ueberschreitungen einzuholen.

Finanzausschuß.

3. Interpellation des Abg. tom Dieck:

I. Ist die Staatsregierung bereit, die Eisenbahndirektion zu veranlassen, daß auf den Strecken, wo neuerdings Personenzüge — namentlich Sonntags — ausgefallen sind, an Güterzügen oder an Leer-Güterzügen ein bis zwei Personenwagen mit 3. und 4. Wagenklasse angehängt werden, um dadurch der Bevölkerung Verkehrsmöglichkeiten zu schaffen?

II. Welche Stellung nimmt die Staatsregierung zu den in letzter Zeit aufgetauchten Plänen auf Herabminderung der kürzlich eingeführten Schnellzugs-Kriegszuschläge?

III. Sind Erwägungen gewesen, Personen-Verkehrseinschränkungen statt durch diese Kriegszuschläge in anderer Weise herbeizuführen, etwa durch eisenbahnseitig oder durch Gemeindebehörden auszustellende Genehmigungsscheine? Diese Genehmigungsscheine werden doch auch von der Staatsregierung abgelehnt worden sein?

4. Interpellation des Abg. tom Dieck:

Ist die Staatsregierung bereit, den Art. 56 der revidierten Gemeindeordnung für das Herzogtum Oldenburg von 1873 (— sinntensprechend auch die betr. Vorschriften für die Fürstentümer —) dahin auszulegen, daß Beschlüsse über Anleihen von Gemeinden, Städten, Amtsverbänden und anderen in Frage kommenden Behörden und Stellen nicht der Genehmigung des Ministeriums des Innern bedürfen, wenn es sich — wie jetzt bzw. während des Krieges für vielerlei Zwecke der Bevölkerungsernährungsfürsorge — um bald vorübergehende augenblickliche Geldbedürfnisse handelt, die im heutigen zeitgemäßen Geldverkehr fast ausnahmslos zweckmäßig in der Form der sog. „laufenden Rechnung“ bei Geldinstituten gedeckt werden?

Der Präsident setzte die förmliche Vorbringung und Begründung dieser beiden Interpellationen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Ferner hat der Präsident die Ausschüsse, zusammenzutreten und ihm die Wahl der Vorsitzenden mitzuteilen.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 2. ordentlichen Sitzung der 2. Versammlung des XXXIII. Landtags am 6. Dezember 1917.

Schröder.

Dummen.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXIII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Zweite Sitzung.

Oldenburg, den 6. Dezember 1917, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden verliest der Abg. Ommen das Protokoll der letzten Sitzung, gegen das Einwendungen nicht erhoben werden.

Anschließend verliest der Abg. Griep die Eingänge:

a) Regierungsvorlagen.

1. Vorlage der Großh. Staatsregierung Nr. 24, betr. die Rechnungen der Zentralkasse des Großherzogtums und der Landeskasse des Herzogtums, sowie der zugehörigen Nebenkassen für das Jahr 1916.

Finanzausschuß.

2. Vorlage derselben Nr. 26, betr. Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. Gewährung von Kriegszulagen an staatliche Beamte, Angestellte und Arbeiter sowie an Lehrer an den Volksschulen und an den landwirtschaftlichen Winterschulen.

Verwaltungsausschuß.

3. Vorlage derselben Nr. 27, betr. Erhöhung der Geschäftskosten der Amtseinknehmer.

Finanzausschuß.

4. Vorlage derselben Nr. 29, betr. die Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben, sowie den Bestand der Staatsgutskapitalienkasse für das Jahr 1916.

Finanzausschuß.

5. Vorlage derselben Nr. 30, betr. die Landeskassenrechnung des Fürstentums Lübeck und die Rech-

nungen des Ostseeüberfonds, des Kurfonds für die Kurorte Schwartau und Malente-Gremsmühlen für das Jahr 1913.

Finanzausschuß.

6. Vorlage derselben Nr. 31, betr. die Ernennung von Regierungsbevollmächtigten.

ad acta.

7. Vorlage derselben Nr. 28, betr. Einstellung eines Betrages von 150 000 M in den Voranschlag der Ausgaben des Herzogtums (§ 246) zur Bildung eines Forstreserbefonds und 150 000 M in den Voranschlag der Staatsgutskapitalienkasse des Herzogtums Oldenburg für die Aufforstung rückständiger Brand- und Schlagflächen und zur Durchführung rückständiger Durchforstungen.

Finanzausschuß.

8. Vorlage derselben Nr. 32, betr. den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1918.

Finanzausschuß.

9. Vorlage derselben Nr. 33, betr. die Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Herzogtum Oldenburg für 1916.

Finanzausschuß.

10. Vorlage derselben Nr. 25, betr. Verzeichnisse der in



der Zeit vom 1. Oktober 1916 bis dahin 1917 im Bestande des Staats- und Kronguts in den drei Provinzen vorgekommenen Veränderungen.

Finanzausschuß.

11. Vorlage derselben Nr. 34, betr. Bewilligung von Mitteln zur Förderung gemeinnütziger Unternehmungen für den Wohnungsbau.  
Finanzausschuß.
12. Vorlage derselben Nr. 35, betr. den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Lübeck für das Jahr 1918.  
Finanzausschuß.
13. Vorlage derselben Nr. 36, betr. Mitteilung der Zahl der Beamtenwitwen, deren Witwengeld, und der Namen der unterstützten Witwen, sowie der Höhe der Zuwendungen.  
Finanzausschuß.

#### b) Petitionen.

1. Petition oldenb. Beamtenwitwen älterer Jahresklassen um Erhöhung ihrer Witwenpension.  
Finanzausschuß.
2. Petition des Vorsitzenden des Handwerker-Vereins für Stadt und Amt Norden, betr. Unterstützung der Krieger-Gefrauen Tina Eden, geb. de Bries, in Minfen und S. Groenewald, geb. Buschmann, in Friederikensiel.  
Verwaltungsausschuß.
3. Petition des Stadtmagistrats in Bad Schwartau, betr. Abänderung des Art. 10 I Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes.  
Finanzausschuß.
4. Gesuch des Uhrmachers H. Isermann in Stollhamm um Bewilligung einer jährlichen Unterstützung zur weiteren Ausbildung seines Sohnes.  
Finanzausschuß.
5. Gesuch der Konferenz der Alten um Zuschläge zum Ruhegehalt.  
Finanzausschuß.
6. Petition des Deutschen Vereins für Ton-, Zement- und Kalkindustrie e. V. in Berlin, betr. Stilllegung der Ziegeleibetriebe.  
Verwaltungsausschuß.
7. Petition der Gesellschaft für Soziale Reform in Berlin, betr. Gehaltsregelung der Privatangestellten im Einklang mit der Lebensvertierung.  
Verwaltungsausschuß.
8. Petition des Hauptausschusses nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands in Berlin, betr. Regelung der Arbeitsnachweise.
9. Petition des Oldenburgischen Kriegs-Veteranen-Verbandes Wilbeshausen-Bechta, betr. Befreiung von sämtlichen Staats- und Kommunal-Abgaben etc.
10. Petition des Oldenburgischen Landeslehrervereins um Aenderung des § 72 des Schulgesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
11. Petition des Schmieds Joh. Kramer in Eversten, betr. Bewilligung seines seitens des Großh. Kanalbauamtes zurückgehaltenen Lohnes im Betrage von 90.08 M.  
Verwaltungsausschuß.
12. Petition des Vorstandes des Vereins oldenb. Bürgerschullehrer in Berne, betr. gesetzliche Regelung der Steuerzuschulagen.  
Verwaltungsausschuß.
13. Petition des Kriegerheimstättenvereins für das Herzogtum Oldenburg, betr. Darlehensgewährung der Staatlichen Kreditanstalt.  
Finanzausschuß.
14. Petition des Zeichen- und Elementarlehrers Löbering hief. um Erhöhung seines Ruhegehalts.  
Finanzausschuß.
15. Petition des Birkenfelder Landeslehrervereins, betr. Kriegsteuerzuschulagen.  
Verwaltungsausschuß.
16. Petition des Vorstandes oldenb. Lehrerinnen, betr. feste Anstellung der Turn-, Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen.  
Verwaltungsausschuß.
17. Petition des H. Rühl in Delmenhorst, betr. Beschwerde gegen zwei Strafmandate des dortigen Stadtmagistrats.  
Verwaltungsausschuß.
18. Petition des Oldenburgischen Landeslehrervereins, betr. die Neugestaltung des Volksschulwesens.  
Zur Kenntnis genommen.
19. Mitteilung einer Entschließung seitens des Ausschusses der oldenburgischen Beamten-, Lehrer- und Staatsarbeitervereinigungen, betr. Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerzuschulagen.  
Zur Kenntnis genommen.
20. Petition des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, Verwaltungsstelle für das Herzogtum Oldenburg, betr. Lohnerhöhung der Oldenburger Eisenbahn-Arbeiter und -Angestellten.  
Eisenbahnausschuß.
21. Petition des Schornsteinfegermeisters Karl Keelfs in Fürstenau um Ueberweisung des Mehrbezirks Butjadingen-Nord.  
Verwaltungsausschuß.
22. Petition des Steuerrats Christiansen in Cutin,

betr. Bewilligung einer Entschädigung von 5000 M wegen Ausfall von Miete für Diensträume.

Finanzausschuß.

23. Petition des Bezirksausschusses für Konsumenteninteressen des Herzogtums Oldenburg in Nürtingen, betr. Berufung eines Vertreters der Konsumenten in die Landeszentralstellen für Lebensmittelversorgung. Verwaltungsausschuß.
24. Petition der Altpensionäre F. Laudi in Schwartau und H. Riedmann in Lübeck, betr. Erhöhung des Einkommens der Pensionierten durch Teuerungszulage. Finanzausschuß.
25. Bitte des Zentralverbandes Deutscher Eisenbahner, Bezirk Großherzogtum Oldenburg, um Aufbesserung des Geldeinkommens des unteren Eisenbahnpersonals. Eisenbahnausschuß.
26. Petition der Lehrerschaft des Fürstentums Lübeck, betr. Wünsche zur neuen Vorlage, betr. Kriegszulagen. Verwaltungsausschuß.
27. Petition von Lehrerwitwen aus dem Fürstentum Lübeck, betreffend Erhöhung ihrer Pensionen durch Teuerungszulagen. Finanzausschuß.
28. Eingabe des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Hamburg, betr. Berücksichtigung der Konsumgenossenschaften in geeigneten öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen. Verwaltungsausschuß.
29. Eingabe der Vorstände der Reichspostbeamtenverbände im Großherzogtum Oldenburg, betr. Aufhebung der Bestimmungen über die Besteuerung der Kriegsheilhilfen.

Mit Zuweisung der Eingänge an die einzelnen Ausschüsse ist der Landtag einverstanden.

Der Präsident teilt folgende Eingänge mit:

1. Selbständiger Antrag Müller unter Zurückziehung des früheren:  
Unter Zurückziehung meines bei der Eröffnung des Landtags gestellten Antrags beantrage ich.  
Der Landtag wolle beschließen:  
Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtage die alljährlichen Nachweisungen über den Abschluß der Zentralkasse und der Landeskasse für das vorhergehende Finanzjahr gedruckt vorzulegen, wie solches bereits bei der Eisenbahnbetriebskasse und verschiedenen andern Kassen geschieht.  
Finanzausschuß.
2. Selbständiger Antrag Tanzen (Stollhamm):  
Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtage in seiner nächsten Tagung den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Schulgesetzes, vorzulegen, in welchem bestimmt wird, daß

1. Gemeinden, in denen eine Mittelschule besteht oder errichtet wird, die Kinder, soweit die Schulwege es zulassen, vom 5. Schuljahre an nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit entweder der Mittelschule oder der Elementarschule zuzuweisen sind;
2. der Staat den durch die Kosten der Mittelschulen übermäßig beschwerten Gemeinden Beihilfen zu leisten hat, deren Bemessung gesetzlich geregelt wird;
3. die Pflicht zur Erhebung von Schulgeld für den Besuch der Mittelschulen aufgehoben wird.  
Verwaltungsausschuß.

### 3. Selbständiger Antrag Tanzen (Stollhamm):

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtage in seiner nächsten Tagung den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Schulgesetzes, vorzulegen, nach welchem ein Kind, das keiner Religionsgemeinschaft oder einer solchen angehört, für welche Religionsunterricht in der von ihm besuchten Schule nicht erteilt wird, gegen den Willen des Vaters oder sonstiger Erziehungsberechtigter zum Besuch des Religionsunterrichts nicht angehalten werden kann.

Verwaltungsausschuß.

### 4. Selbständiger Antrag Schipper:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, im Interesse der Ernährung auf ein gerechteres Verhältnis zwischen Erzeuger- und Handelshöchstpreisen für Gemüse hinzuwirken.

Verwaltungsausschuß.

### 5. Selbständiger Antrag Tanzen (Heering):

Ich beantrage:

Der Landtag wolle folgendem Gesetzentwurf seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen:

Einziger Artikel:

Der § 9 des Gesetzes, betreffend Erhöhung des Diensteinkommens der im Staatsdienst beschäftigten Beamten und Arbeiter sowie der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen vom 30. Dezember 1912 wird gestrichen.

Verwaltungsausschuß.

### 6. Interpellation König:

Ist die Regierung bereit, Maßregeln zu treffen, daß Mündel bei dem jetzigen, aber auch schon vor dem

Kriege bestehenden niedrigen Kurse der  $3\frac{1}{2}\%$  Staatspapiere gegen Kursverlust geschützt werden? Verwaltungsausschuß.

#### 7. Selbständiger Antrag Behrens:

Ich beantrage:

1. Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß eine weitere Erhöhung der Preise für Milch und Butter unterbleibt, vielmehr baldmöglichst eine Herabsetzung der jetzigen Preise auf den Stand vor dem 1. Oktober 1917 erfolgt.
2. Die Staatsregierung zu ersuchen, die ungenügende Kohlenversorgung in vielen, besonders ländlichen, Gemeinden durch geeignete Maßnahmen zu beheben. Als ein solches Mittel würde ein schnellerer Transport auf der Eisenbahn zu betrachten sein.
3. Die Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß es in Zukunft ausgeschlossen ist, daß große Mengen Obst, die zur Marmeladenbereitung bestimmt sind, durch unverständliche Dispositionen bei der Zufuhr verderben.
4. Die Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß auch für den kommenden Winter die Ration von 250 Gramm Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung gelangt.
5. Die Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß bei der ferneren Festsetzung von Kartoffelhöchstpreisen die Gewährung von irgend welchen Prämien an Produzenten oder Händler nicht mehr erfolgt. Die Höchstpreise sollen zu den reinen Produktionskosten nur einen angemessenen Verdienst für den Produzenten und den Händler einschließen.

Verwaltungsausschuß.

Der Landtag beschloß, diese Anträge in Betracht zu ziehen unter Zuweisung an die betr. Ausschüsse. Die Interpellation König wird als Punkt 3 auf die heutige Tagesordnung gesetzt.

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten v. Levezow, Dörr und Brumund.

Es liegt ein dringlicher Antrag des Abg. Müller vor wegen Heizung der Personenzüge.

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung wird ersucht, zu veranlassen, daß die wenigen noch verkehrenden Personenzüge bei einer Luftwärme von weniger als  $10^{\circ}$  Celsius über Null mit Rücksicht auf die Gesundheit der Reisenden geheizt werden.

Der Landtag erkennt die Dringlichkeit an. Antragsteller begründet den Antrag.

Die Regierung erklärt, daß bereits Maßnahmen im Sinne des Antrages getroffen seien.

Nach Besprechung wird der Antrag Müller einstimmig angenommen.

In der Tagesordnung werden verhandelt:

#### 1. Interpellation des Abg. tom Dieck, betr. Personenverkehr in Güterzügen, und Schnellzugs-Kriegs-Zuschläge.

Interpellant begründete die Interpellation.

Die Regierung gab anschließend folgende Erklärung ab:

Zu I. Güterzüge werden, soweit ein Bedürfnis vorhanden ist und keine Betriebshindernisse entgegenstehen, schon jetzt für den Personenverkehr zugelassen, sei es unter Anhängung von Personenzugwagen, sei es unter Aufnahme des Reisenden in den Packwagen. An Sonntagen stößt dies auf Schwierigkeiten, da an diesen der Güterverkehr stark eingeschränkt ist.

Zu II. Eine allgemeine Herabminderung der kürzlich eingeführten Schnellzugs-Kriegs-Zuschläge ist nicht angängig, wenn deren Zweck nicht gefährdet werden soll. Indessen soll zur Beseitigung gewisser Härten die Form der Kriegszuschläge geändert werden.

Zu III. Personenverkehrseinschränkungen durch die Einführung von Genehmigungsscheinen sind mit dem Ergebnis erwogen, daß die Maßnahme als undurchführbar erkannt ist.

Auf Antrag fand Besprechung statt.

#### 2. Interpellation des Abg. tom Dieck, betr. Auslegung des Art. 56 der rev. Gemeindeordnung.

Interpellant begründete die Interpellation; die Regierung antwortete. Auf Antrag fand Besprechung statt.

#### 3. Interpellation des Abg. König, betr. Schutz von Mündelgeldern gegen Kursverlust.

Interpellant begründete die Interpellation. Die Regierung erklärte, nicht in der Lage zu sein, der Interpellation zu entsprechen.

Besprechung fand nicht statt.

#### 4. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Mitteilung des Staatsministeriums, betreffend Ueberweisung von Ueberschüssen der Landesparlasse. (Anlage 6.)

Der Ausschußantrag wird angenommen.

#### 5. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe der Privatangestellten, betreffend Gehaltsregelung im Einklang mit der Lebenssteuerung.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

#### 6. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Hauptausschusses nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands, betreffend Regelung der Arbeitsnachweise.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

#### 7. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Schmieds Johann Kramer zu Eversten, betreffend Lohnforderung.

Der Ausschußantrag wird angenommen.



8. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Staatliche Kreditanstalt. (Anlage 17.)

Der Ausschufantrag wird angenommen.

9. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachtrag zu dem Uebereinkommen zwischen Preußen, den Thüringischen Staaten, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lübeck, Bremen und Hamburg wegen Herbeiführung übereinstimmender Maßregeln zum Schutze und zur Hebung der Fischerei vom 3. Dezember 1877 / 8. Mai 1880. (Anlage 14.)

Der Ausschufantrag wird angenommen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Beschwerde des H. Kühl, Delmenhorst.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Oldenburgischen Landeslehrervereins, betreffend Nachfüge zum § 72 des Schulgesetzes vom 4. Februar 1910 für das Herzogtum Oldenburg.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Entwürfe von Gesetzen, betreffend Aenderung der Schulgesetze für das Herzogtum Oldenburg vom 4. Februar 1910, für das Fürstentum Lübeck vom 4. April 1911 und für das Fürstentum Birkenfeld vom 4. April 1911, 1. Lesung, Anlage 10, sowie über die dazu eingegangene Petition des Vereins Oldenburger Lehrerinnen.

Hierzu ein Verbesserungsantrag des Abg. Dmmen:

Zu den Ausschufanträgen 4, 5 und 6 zu den Entwürfen von Gesetzen, betreffend Aenderung der Schulgesetze für das Herzogtum Oldenburg vom 4. Februar 1910, für das Fürstentum Lübeck vom 4. April 1911 und für das Fürstentum Birkenfeld vom 4. April 1911 (Anlage 10) stelle ich folgenden Verbesserungsantrag:

Vor „Turnlehrerinnen“ wird jedesmal eingefügt „Turnlehrer und“.

Die Ausschufanträge 1, 2 und 3 werden angenommen, bezgleichen die Ausschufanträge 4, 5 und 6 nebst dem Verbesserungsantrage Dmmen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, den 10. d. Mts., vormittags 10 Uhr, zu stellen.

13. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Schipper.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

14. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Antrag der Staatsregierung, betreffend nachträgliche Genehmigung der Uebernahme der Bürgschaft seitens des Ministeriums für die Verpflichtungen, die die Nahrungsmittelzentrale für das Herzogtum Oldenburg in dem im Auftrage und mit Genehmigung des Ministeriums am 1. Mai 1917 mit der Chemischen Fabrik Oldenbrof A.-G. abgeschlossenen Verträge übernommen hat. (Anlage 11.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

15. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Deutschen Vereins für Ton-, Zement- und Kalkindustrie.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

16. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Inventarien der zur Eisenbahn gehörenden Grundstücke und Gebäude. (Anlage 19.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

17. Bericht des Eisenbahnausschusses über den Bestand und die Geschäftsführung der Staatsschuldentilgungskasse. (Anlage 5.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

18. Bericht des Eisenbahnausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Müller, betreffend den Stand der Verhandlungen mit Preußen über den Bau des Kanals von Oldenburg über Campe nach der Ems.

Der Antrag des Ausschusses wird einstimmig angenommen.

19. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Abschluß der Eisenbahnbetriebsklasse des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1916. (Anlage 8 nebst Nebenanlagen A, B, C und D.)

Der Ausschufantrag wird angenommen.

20. Wahl eines Mitgliedes der Oberersatzkommission und dessen Stellvertreters. (Anlage 3.)

Auf Vorschlag wird zum Mitgliede der Oberersatzkommission der Direktor zur Loye hier selbst und zu dessen Stellvertreter der Proprietär Hermann Stöver, Brüderstraße 30, gewählt.

21. Bericht des Finanzausschusses über die Gesetzesvorlage, betreffend die Festsetzung des Beitragsverhältnisses der drei Landesteile des Großherzogtums zu den Gesamtausgaben des Großherzogtums. 1. Lesung. (Anlage 1.)

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen. Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, den 10. d. Mts., vormittags 9 Uhr, zu stellen.

22. Bericht des Finanzausschusses über die Bittschrift des Stadtmagistrats Schwartau, betreffend Aenderung des Artikels 10 I Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

23. Bericht des Finanzausschusses zur Anlage 27 über beantragte Erhöhung der Geschäftskosten-Vergütungen an die Amtseinknehmer.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

24. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Herzogtum Oldenburg für 1916. (Anlage 33.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

25. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Nachweisungen über die



Einnahmen und Ausgaben sowie den Bestand der Staatsgutskapitalienkasse für das Jahr 1916. (Anlage 29.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

26. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1918. (Anlage 32.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

27. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienklassen der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für das Finanzjahr 1918. (Anlage 12.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

28. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisung der in den An-

lagen A 1 und A 2 und B 1 und B 2 die auf das Forstbetriebsjahr 1915—16 sich erstreckenden Uebersichten über die Erträge der Staatsforsten der beiden Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld. (Anlage 4.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

29. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisungen über die Erträge der Staatsforsten des Herzogtums für das Forstbetriebsjahr 1916—17. (Anlage 13.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

30. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Erwerb von Baugelände. (Anlage 15.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 40 Min. nachm.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 3. ordentlichen Sitzung des XXXIII. Landtags, 2. Versammlung, am 13. Dezember 1917.

Schröder.

Griep.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXIII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Dritte Sitzung.

Oldenburg, den 13. Dezember 1917, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verliest der Abg. Griep das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden.

Der Abg. Schipper verliest die Eingänge:

1. Petition des Rechtsschutzverbandes für Frauen über die religiöse Erziehung ihrer Kinder.  
Verwaltungsausschuß.
2. Vorlage der Staatsregierung Nr. 37, betr. Einstellung von 195 000 M in den Voranschlag des Herzogtums für 1918 zur Unterstützung einer Kleinbahnstrecke von Ederwacht bis zum Hunte-Ems-Kanal.  
Finanzausschuß.
3. Eingabe des Kartells der Verbände der Deutsch-Oesterreichischen Bühnen- und Orchestermitglieder in Mannheim, betr. Theatergesetzgebung.  
Zur Kenntnis genommen.
4. Vorlage der Staatsregierung Nr. 39, betr. die Krongutskasse-Rechnungen der drei Provinzen für 1916.  
Finanzausschuß.
5. Petition der Ortsgruppe Oldenburg des allgemeinen deutschen Frauenvereins, betr. Verleihung des aktiven und passiven Wahlrechts in der Gemeinde.  
Verwaltungsausschuß.

Der Vorsitzende teilt einen selbständigen Antrag des Abg. Tappenbeck mit:

Im Namen von 14 Abgeordneten der liberalen Gruppe beantrage ich:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtage in seiner nächsten oder übernächsten Versammlung Gesetzentwürfe zur Aenderung der Gemeindeordnungen für das Herzogtum Oldenburg und die Fürstentümer Birkenfeld und Lüneburg vorzulegen und dabei insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Das aktive und passive Wahlrecht ist allen im Vollbesitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen männlichen Deutschen zu verleihen, die das 24. Lebensjahr vollendet haben, seit zwei Jahren der Gemeinde angehören und zu den Gemeindefasten beigetragen haben.
2. Das passive Wahlrecht ist allen im Vollbesitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen weiblichen Deutschen zu verleihen, die das 24. Lebensjahr vollendet haben, seit zwei Jahren der Gemeinde angehören und entweder mit einem Gemeindefürer verheiratet sind oder als selbständig steuerpflichtig zwei Jahre zu den Gemeindefasten beigetragen haben.
3. Einführung der Verhältniswahl für sämtliche Gemeinden.
4. Aufhebung des Ausschlusses der Lehrer und Lehrerinnen vom passiven Wahlrecht.
5. Die Bestimmung des Artikels 11 § 1 der Gemeindeordnung, wonach von den Mitgliedern der Gemeindevertretung wenigstens  $\frac{2}{3}$  Grundbesitzer sein müssen, ist zu streichen.

6. Die Gemeindesteuern sind, soweit ihre Tragung nicht als gleichmäßige Pflicht der Gesamtheit anzuerkennen ist, über die Gemeindeangehörigen nach dem Grundsatz von Leistung und Gegenleistung unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit umzulegen.  
Den Gemeinden sind neue Steuerquellen zu erschließen. Neben der Einkommensteuer und der Grund- und Gebäudesteuer ist auch die Vermögenssteuer mit heranzuziehen.
7. In Artikel 9 § 1 „Die Gemeinden haben die Rechte der Minderjährigen in Bezug auf ihr Vermögen und die juristische Persönlichkeit sowie Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten nach Maßgabe der Gesetze“ sind die Worte „die Rechte der Minderjährigen in Bezug auf ihr Vermögen und“ zu streichen.
8. Gemeindeautonomie.  
Nach Artikel 9 § 3 sind die Gemeinden befugt, mit Genehmigung des Staatsministeriums statistische Anordnungen zu treffen, die jedoch den bestehenden Gesetzen nicht widersprechen dürfen.  
Das Erfordernis der Genehmigung soll wegfallen und dafür eine Bestimmung nachgefügt werden, wonach die zu treffenden statistischen Anordnungen vor Inkrafttreten dem Staatsministerium mitzuteilen sind, welches binnen 4 Wochen nach Eingang der Mitteilung den Gemeindecbeschluf kraft seines Aufsichtsrechts beanstanden kann.
9. Der Gemeindevorstand als örtliches Organ der Staatsverwaltung in Landesangelegenheiten.  
Nach Artikel 36 ist der Gemeindevorstand verpflichtet, Aufträge zu besorgen, die ihm für den Bezirk der Gemeinde von der Staatsbehörde zugehen, sofern nicht dafür besondere Beamte bestellt sind. Die Worte „für den Bezirk der Gemeinde“ sind zu ersetzen durch die Worte „in Angelegenheiten seiner Gemeinde“ und die Worte „sofern dafür nicht besondere Beamte bestellt sind“ sind zu streichen.
10. Die Gemeindediener sind nach Artikel 41 § 2 verpflichtet, auch die ihnen von den Staatsbehörden zugehenden Aufträge gegen den Bezug der damit etwa verbundenen Vergütung auszurichten. Diese Bestimmung ist zu streichen.
11. Nach Artikel 56 unterliegt die Aufnahme von Anleihen der Genehmigung des Ministeriums des Innern, die nur erteilt werden darf, wenn darin neben der Verzinsung zugleich festgestellt ist, wie und in welchem Termine oder innerhalb welcher Frist die Anleihe wieder getilgt werden soll.  
Diese Bestimmung ist durch folgende Vorschrift zu ersetzen „Sofern die Anleihe nicht zur Tilgung früherer Schulden aufgenommen wird, ist bei dem Beschlusse über die Aufnahme einer Anleihe neben der Verzinsung zugleich ein bestimmter Plan zur Tilgung der Anleihe innerhalb angemessener Frist

aufzustellen. Der Beschluß über die Aufnahme einer Anleihe, die nicht im Laufe des Rechnungsjahres wieder getilgt werden soll, ist dem Eingang dieser Mitteilung den Beschluß der Gemeinde kraft seines Aufsichtsrechtes beanstanden kann“.

Der Abg. Schmidt (Delmenhorst) stellt einen Antrag, daß die Punkte 1 und 3 von der Tagesordnung abgesetzt werden. Der Antrag wird gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

**Berichte der Mehrheit und Minderheit des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Tanzen (Stollhamm).**

Berichterstatler der Mehrheit: Abg. Tanzen (Stollhamm).

Berichterstatler der Minderheit: Abg. Driver.

Der Abg. Tappenbeck stellt einen Verbesserungsantrag.

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung wird ersucht, der Bildung eines Ausschusses zur Prüfung des Schulwesens zuzustimmen.

Der Ausschuf soll das gesamte Schulwesen unseres Landes darauf prüfen, ob nicht grundlegende Aenderungen zur Hebung der Volksschule und zur organischen Verbindung der Volksschule mit den höheren Schulen notwendig sind, und soll zutreffenden Falls Vorschläge für solche Aenderungen machen.

Dem Ausschuf sollen Vertreter der Staatsregierung und des Landtags, ferner Volksschullehrer, Fortbildungsschullehrer und Lehrer an Mittel- und höheren Schulen und endlich Vertreter wirtschaftlicher Gruppen, so des Handels, des Handwerks, der Landwirtschaft und der Arbeiterschaft angehören.

Da der Antrag in seiner Tendenz von dem Antrag Tanzen (Stollhamm) abweicht, wird er zur weiteren Beratung an den Verwaltungsausschuf überwiesen.

Der Abg. Dmmen stellt einen Antrag auf namentliche Abstimmung zum Antrage der Minderheit.

Mit „ja“ stimmen die Abgeordneten: Alfs, Berding, Dannemann, Driver, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Fricke, Griep, Hartong, Hollmann, König, Koopmann, Lanje, Mohr, Plate, Schröder, Westendorf, Weyand.

Der Antrag der Minderheit wird mit 22 : 19 Stimmen abgelehnt.

Mit „nein“ stimmen die Abgeordneten: Behrens, Buddenberg, Bull, tom Dieck, Fick, Heitmann, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Möller, Müller, Dmmen, Schipper, Schmidt (Betel), Schmidt (Delmenhorst), Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Wessels.

Der Antrag der Mehrheit wird mit 22 : 19 Stimmen angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des oldenburgischen Kriegs-Veteranen-Verbandes Wildeshausen-Behta.

Berichterstatter: Abg. Verding.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betr. die Gewährung von Kriegszulagen an staatliche Beamte, Angestellte und Arbeiter, sowie an Lehrer an den Volksschulen und an den landwirtschaftlichen Winterschulen.

1. Lesung. (Anlage 26.)

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Zum § 4 der Vorlage stellt der Abg. Meyer folgenden Verbesserungsantrag:

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 4. ordentlichen Sitzung des XXXIII. Landtags, 2. Versammlung, am 14. Dezember 1917.

Schröder.

Schipper.

Annahme des § 4 in folgender Fassung:

„Alleinstehende Beamte unter 20 Jahren erhalten eine Kriegszulage von 420 *M.*, alleinstehende Beamte über 20 Jahre eine solche von 540 *M.* im Jahre.

Im übrigen beträgt die Kriegszulage, wenn neben dem Beamten eine weitere Person zu berücksichtigen ist, 684 *M.* im Jahre. Dieser Betrag erhöht sich für jede weitere Person um 192 *M.* im Jahre.“

Die Anträge 1—3 des Ausschusses werden angenommen.

Es tritt nunmehr eine Vertagung ein.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXIII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Vierte Sitzung.

Oldenburg, den 14. Dezember 1917, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Abg. Schipper verlas das Protokoll der letzten Sitzung, das genehmigt wurde.

Die Tagesordnung der letzten Sitzung wurde fortgesetzt.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend die Gewährung von Kriegszulagen an staatliche Beamte, Angestellte und Arbeiter, sowie an Lehrer an den Volksschulen und an den landwirtschaftlichen Winterschulen.

1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zettel).

Zu § 4 stellte der Abg. Meyer folgenden Verbesserungsantrag:

Annahme des § 4 in folgender Fassung:

„Alleinstehende Beamte unter 20 Jahren erhalten eine Kriegszulage von 420 *M.*, alleinstehende Beamte über 20 Jahre eine solche von 540 *M.* im Jahre.

Im übrigen beträgt die Kriegszulage, wenn neben dem Beamten eine weitere Person zu berücksichtigen ist, 684 *M.* im Jahre.

Dieser Betrag erhöht sich für jede weitere Person um 192 *M.* im Jahre.“

Auf Antrag des Berichterstatters wurde der Ausschußsantrag 6 in Antrag 5 und Antrag 6 folgendermaßen geteilt:

Antrag 5:

Annahme des § 4 unter Streichung der Bestimmung über die alleinstehenden Beamten und Ersetzung dieses Absatzes durch folgenden Wortlaut:

„Alleinstehende Beamte erhalten eine Kriegszulage von 420 *M.* im Jahre“

Antrag 6:

Im letzten Absatz ist die Zahl 144 durch 192 zu ersetzen.

Abg. von Fricke stellte zu Antrag 7 folgenden Verbesserungsantrag:

Sch beantrage: Der Antrag 7 wird ersetzt durch folgenden Wortlaut:

Annahme des § 4 unter Streichung der Bestimmung über die alleinstehenden Beamten und Ersetzung dieses Absatzes durch folgenden Wortlaut:

Alleinstehende Beamte erhalten in der 1. Klasse eine Kriegszulage von 420 *M.* im Jahre, in den beiden anderen Klassen von 300 *M.* im Jahre.

Ueber die 3 Absätze des Antrags Meyer wurde auf Antrag des Antragstellers getrennt abgestimmt.

Die Absätze 1 und 2 wurden abgelehnt, Absatz 3 mit 29 Stimmen angenommen.

Bei der Abstimmung über Antrag 5 ergab sich Stimmengleichheit, 20 dafür, 20 dagegen. Die Abstimmung ist also in der nächsten Sitzung zu wiederholen.



Antrag 6 war durch die Abstimmung über den Verbesserungsantrag Meyer erledigt.

Der Verbesserungsantrag von Fricken wurde abgelehnt, ebenso der Antrag 7.

Die Staatsregierung stellte hierauf folgenden Verbesserungsantrag:

Hinter § 7 ist ein neuer Paragraph einzuschalten, der die Nummer 8 erhält, mit folgendem Wortlaut:

„Die Gemeinden haben den Leitern und Lehrern an den höheren Schulen, höheren Bürgerschulen und Mittelschulen Kriegszulagen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu gewähren. Haben sie ihnen wegen des Krieges schon Gehalts- oder Teuerungszulagen bewilligt, so sind sie berechtigt, diese Zulagen auf die nach diesem Gesetz zu gewährenden Zulagen anzurechnen.“

Die §§ 8, 9 und 10 erhalten die Nummern 9, 10 und 11.

Dieser Verbesserungsantrag wurde mit 19 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

Die Ausschußanträge 8—12 wurden angenommen.

Der Präsident ersuchte, etwaige Anträge zur 2. Lesung bis Dienstag, den 18. d. M., morgens 9 Uhr, einzureichen.

**2. Bericht des Finanzausschusses, betreffend Herstellung eines Umleitungsgrabens.**

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Die Ausschußanträge wurden angenommen.

**3. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse für das Jahr 1918. 1. Lesung.**

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Die Ausschußanträge wurden angenommen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 5. Landtags am 17. Dezember 1917.

Schröder.

Anträge zur 2. Lesung hat der Präsident bis Sonnabendnachmittag 3 Uhr einzureichen.

**4. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1918. 1. Lesung.**

Berichterstatter: Abg. tom Dieck.

Die Ausschußanträge wurden angenommen.

**5. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Ausgaben des Herzogtums Oldenburg im Jahre 1918. 1. Lesung.**

Berichterstatter: Abgeordnete Tanzen (Heering), Schipper, Feldhus, Brumund, Jordan, Griep, Feigel, Tappenbeck, Buddenberg, Enneking, Hollmann.

Zu Antrag 1 stellte der Abg. Tanzen (Stollhamm) folgenden Verbesserungsantrag:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtage jährlich Nachweisungen über die Geschäftsergebnisse des Viehverwertungsverbandes für das Herzogtum und über die Verwendung etwaiger Ueberschüsse vorzulegen.

Der Verbesserungsantrag wurde angenommen.

Die Ausschußanträge 1—8 wurden angenommen.

Darauf wurde ein Antrag des Abg. Feldhus auf Vertagung angenommen.

Der Präsident setzte die nächste Sitzung auf Montag, 10 Uhr, an und machte die Tagesordnung bekannt. Dann teilte er noch mit, daß Anlage 40 eingegangen sei.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

ordentlichen Sitzung der 2. Versammlung des XXXIII.

Ommen.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXIII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Fünfte Sitzung.

Oldenburg, den 17. Dezember 1917, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verliest der Abg. Dinnen das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden. Vom Vorsitzenden werden die Eingänge mitgeteilt:

1. Vorlage der Staatsregierung Nr. 38, betr. Zusammenstellung über die Ergebnisse der Einkommensteuereinschätzung für 1916.

Finanzausschuß.

2. Vorlage der Staatsregierung Nr. 41, betr. Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. die Veranlagung der Kriegsveteranen zur Einkommensteuer.

Finanzausschuß.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

Die Anträge 8 a bis 20 der Ausgaben des Voranschlags für das Herzogtum werden angenommen.

Zum Antrag 21 des Berichts und zum § 68 des Voranschlags stellt der Abg. Tanzen (Heering) folgenden Verbesserungsantrag:

Anstelle des Antrags Nr. 21 beantrage ich zu setzen: Annahme des § 64 bis § 68 mit der Nachfüge zu § 68 Bemerkung a:

Zur Bestreitung von notwendigen Ausgaben für das Handwerk — auch wenn eine Ueberschreitung der Mittel des § 68 dadurch erfolgt,

der einstimmig angenommen wird. Damit ist der Ausschußantrag Nr. 21 erledigt.

Die Anträge 22 bis 33 werden angenommen.

Zum Antrage 34 des Berichts und zu den §§ 154 bis 167 des Voranschlags stellt der Abg. Tanzen (Robenkirchen) folgenden Verbesserungsantrag:

Ich beantrage: Den Antrag Nr. 34 durch folgenden Antrag zu ersetzen:

Annahme der §§ 154 bis 167 unter der Bedingung, daß den Schulgemeinden, die Realanstalten oder Bürgerschulen unterhalten, und die den an diesen Anstalten beschäftigten Lehrkräften und Schülwärttern Kriegsteuerzuschläge nach den für die staatlichen Beamten, Volksschullehrer und Arbeiter geltenden Sätzen gewähren, die Hälfte dieser Zuschläge aus der Staatskasse ersetzt wird, und zwar auch dann, wenn dadurch die für die Zuschüsse festgesetzten Höchstgrenzen überschritten werden.

Der Antrag wird angenommen. Der Ausschußantrag ist dadurch erledigt.

Der Antrag 35 wird angenommen.

Der Antrag 36 wird mit 18 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 37 wird mit 22 gegen 11 Stimmen angenommen.

Durch Annahme des Antrages 37 ist der Antrag 38 erledigt.

Die Anträge 39 bis 53, darunter der letztere mit 23 gegen 15 Stimmen angenommen.



Durch Annahme des Antrages 53 der Mehrheit des Ausschusses ist der Antrag 54 der Minderheit erledigt.

Die Anträge 55 bis 62 werden angenommen.

Zum Antrag 63 stellen die Abgeordneten Tanzen (Heering) und Tappenbeck Abänderungsanträge, die im Laufe der Debatte wieder von den Antragstellern zurückgezogen werden.

Der Antrag 63 wird angenommen.

**Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag**

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 6. ordentlichen Sitzung des XXXIII. Landtages, 2. Versammlung, am 18. Dezember 1917, vormittags 11 Uhr,

**Schröder.**

**Schipper.**

der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Lübeck für 1918. (Anlage 35.)

Berichterstatter: Abg. Fick.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

Nunmehr erfolgt die Wiederholung der Abstimmung über den Antrag Nr. 5 des Berichts des Verwaltungsausschusses der Anlage 26.

Der Antrag wird mit 22 gegen 16 Stimmen angenommen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXIII. Landtags des Großherzogs Oldenburg.

### Sechste Sitzung.

Oldenburg, den 18. Dezember 1917, vormittags 11 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Abg. Schipper verlas das Protokoll der letzten Sitzung; Einwendungen wurden nicht erhoben.

Die Tagesordnung der letzten Sitzung wurde fortgesetzt.

Seine Exzellenz Minister Scheer gedachte in warmen Worten der 100jährigen Zugehörigkeit des Fürstentums Birkenfeld zum Herzogtum Oldenburg.

1. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1918. Fortsetzung. (Anlage 18.)

Die Anträge des Ausschusses werden genehmigt.

Anträge zur 2. Lesung des Voranschlags der Zentralkasse und der drei Provinzen sind bis morgen vormittag 9 Uhr zu stellen.

2. Bericht des Finanzausschusses über das Beitragsverhältnis der drei Landesteile des Großherzogtums zu den Gesamtausgaben des Großherzogtums für die Periode von 1918 bis 1924. 2. Lesung. (Anlage 1.)

Die Ausschlußanträge werden angenommen.

3. Bericht desselben über die Vorlage der Staatsregierung gemäß Artikel 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes, betreffend die Landeskasse-Rechnung des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1914. (Anlage 22.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

4. Bericht desselben, betreffend die Verzeichnisse der in der Zeit vom 1. Oktober 1916 bis dahin 1917 im Be-

stande des Staats- und Kronguts vorgekommenen Änderungen. (Anlage 25.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

5. Bericht desselben über die Petition des Steuerrats Christiansen in Eutin wegen Bewilligung einer einmaligen Entschädigung von 5000 M.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

6. Bericht desselben über die gemäß Artikel 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes vorzulegenden Bücher und Rechnungen der Zentralkasse des Großherzogtums und der Landeskasse des Herzogtums Oldenburg, sowie der zugehörigen Nebenkassen für das Jahr 1916. (Anlage 24.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

7. Bericht desselben über Anlage 28.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, betreffend Berücksichtigung der Konsumgenossenschaften in öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

9. Bericht desselben über die Petition des Vorstandes des Handwerkervereins für Stadt und Amt Norden, betreffend Unterstützung der Krieger-Ehefrauen Tina Eden und J. Groenewold.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

10. Bericht desselben über den selbständigen Antrag des Abg. Tanzen (Heering) auf Streichung des § 9 des Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg vom 30. Dezember 1912, betreffend die Erhöhung des Dienstentlohens der im Staatsdienste beschäftigten Beamten und Arbeiter, sowie der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen.

Der Antrag 1 des Ausschusses wird angenommen; hierdurch ist Antrag 2 erledigt.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 7. Sitzung der 2. Versammlung des XXXIII. Landtags am 19. Dezember 1917, vorm. 10 Uhr.

Schröder.

Griep.

11. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Voranschlag der Eisenbahnbetriebskasse für das Finanzjahr 1918 (Anlage 21 und Nebenanlagen A und B), sowie über die Petition des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Verwaltungsstelle für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Lohnerhöhung.

Die Ausschußanträge 1 und 2—14 werden angenommen.

Schluß der Sitzung 2,20 Uhr nachmittags.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXIII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Siebente Sitzung.

Oldenburg, den 19. Dezember 1917, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Abg. Griep verlas das Protokoll der letzten Sitzung. Dieses wurde genehmigt.

Die Tagesordnung der letzten Sitzung wurde fortgesetzt.

1. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Voranschlag der Eisenbahnbetriebskasse für das Finanzjahr 1918 (Anlage 21 und Nebenanlagen A und B), sowie über die Petition des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, Verwaltungsstelle für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Lohnerhöhung.

Berichterstatter: Abg. Wessels.

Abg. Meyer stellte zum Ausschußantrag 16 folgenden Verbesserungsantrag:

Zur Ergänzung des Antrages 16 der Minderheit des Eisenbahnausschusses zum Voranschlage der Eisenbahnbetriebskasse für das Jahr 1918:

Die Staatsregierung wird ersucht, nach dem Muster der Schlichtungsausschüsse, wie sie nach dem Hilfsdienstgesetz § 11 vorgesehen sind, An-gestellten- und Arbeiterausschüsse für die in der Staatsverwaltung und im Staatsdienst beschäftigten Angestellten und Arbeiter zu bilden.

Diese Ausschüsse sollen bei allen Fragen über die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen sowie bei der Festsetzung von Gehaltsregulativen und Lohnordnungen unter Hinzuziehung von Vertretern der Berufsorganisationen der Angestellten und Arbeiter beratend mitwirken.

Der Antrag wurde an den Eisenbahnausschuß ver-wiesen.

Abg. Driver stellte zum Ausschußantrag 16 folgenden Verbesserungsantrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, sobald die Kriegszulage in Wegfall kommt, die Löhne der oldenburgischen Staatsarbeiter möglichst so zu gestalten, daß sie den in benachbarten preussischen Bezirken gezahlten Löhnen gleichkommen.

Abg. Heitmann stellte im Falle der Ablehnung des Ausschußantrags 16 folgenden Eventualantrag als Verbesserungsantrag:

Der Landtag wolle beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen, den bei der Großherzoglichen Eisenbahn-direktion beschäftigten Arbeitern und Monatslohn-empfängern einen Lohn zu zahlen, der abzüglich sämtlicher Kriegszulagen nicht unter dem ortsüblichen Tagelohn zurückbleibt, und nötigenfalls die erforder-lichen Mittel in Position 65, 66, 87 und 94 in den Voranschlag einzustellen.

Antrag 16 wurde mit 31 gegen 11 Stimmen ab-gelehnt.

Der Verbesserungsantrag des Abg. Heitmann wurde mit 27 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Der Verbesserungsantrag Driver wurde gegen eine Stimme angenommen.

Ausschußantrag 15 wurde angenommen, ebenso die Ausschußanträge 17 bis 29.

**2. Bericht des Eisenbahnausschusses über das Schreiben der Staatsregierung vom 3. November 1917, betreffend**

- I. die Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahnaufonds für das Jahr 1916,
- II. die Nachweisung der Bauten, wofür die bewilligten Mittel auf das Jahr 1917 übertragen sind,
- III. den Voranschlag des Eisenbahnaufonds für das Jahr 1918.

Berichtersteller: Abg. Müller.

Die Ausschußanträge wurden angenommen.

Der Präsident teilte mit, daß folgende Interpellation des Abg. Heitmann eingegangen sei:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag mitzuteilen,

1. ob die Bestimmungen des § 9 des Gehaltsregulativs für Zivilstaatsdiener, betreffend den Ledigenabzug, Anwendung findet auch für die ledigen Arbeiter und Monatslohnempfänger des Eisenbahnbetriebes;
2. auf welche Beschlüsse des Landtags stützt sich der Ledigenabzug für Arbeiter und Monatslohnempfänger?

Der Präsident setzte die förmliche Vorbringung und Besprechung der Interpellation auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Schließlich verlas der Präsident folgende Landesherrliche Verfügung:

Wir Friedrich August, von Gottes Gnaden Großherzog von Oldenburg, Erbe zu Norwegen, Herzog von Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und Oldenburg, Fürst von Lübeck und Birkenfeld, Herr von Jever und Kniphausen usw.,

verordnen, was folgt:

Die Dauer des gegenwärtig versammelten Landtags wird bis zum 8. März 1918 verlängert. Zugleich wird der Landtag mit seinem Einverständnis vom 22. d. Mts. bis zum 19. Februar 1918 vertagt.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Namensunterschrift und beige druckten Großherzoglichen Insignels.

Gegeben Oldenburg, den 16. Dezember 1917.

Friedrich August.

Scheer.

Dugend.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 8. ordentlichen Sitzung der 2. Versammlung des XXXIII. Landtags am 21. Dezember 1917.

Schröder.

Ommen.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXIII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Achte Sitzung.

Oldenburg, den 21. Dezember 1917, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verliest der Abg. Dinnen das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden. Der Vorsitzende teilt die Eingänge mit:

1. Petition der Wirtvereinerung des Großherzogtums Oldenburg, betr. Errichtung einer Abteilung für das Gastwirtsgewerbe bei der hies. Handelskammer. Verwaltungsausschuß.
2. Eingabe mehrerer Vereine hier selbst, betr. die Fortbildung der schulentlassenen Mädchen. Verwaltungsausschuß.

Auf die Bitte des Präsidenten von Fünckh wird der Bericht über die Anlage 10 (2. Lesung) auf die heutige Tagesordnung gesetzt.

Es wird jetzt in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betr. die Gewährung von Kriegszulagen an staatliche Beamte, Angestellte und Arbeiter, sowie an Lehrer an den Volksschulen und an den landw. Winterschulen. 2. Lesung. (Anlage 26.)

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Die Anträge 1, 2, 4, 5 und 6 werden angenommen, darunter der Antrag 2 mit 32 gegen 11 Stimmen.

Durch Annahme des Antrags 2 ist der Antrag 3 erledigt.

2. Bericht des Finanzausschusses über die Voranschläge der Zentralkasse des Herzogtums und der beiden Fürstentümer — 2. Lesung — und über das Finanzgesetz für 1918. 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. tom Dieck.

Die Anträge 1, 2 und 3 werden angenommen. Der Antrag 4 wird mit 22 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Die Anträge 6, 10, 11, 12 und 13 werden angenommen, darunter der Antrag 6 mit 31 gegen 10 Stimmen. Nach der Abstimmung über die Anträge 4, 6 und 10 sind die Anträge 5, 7 und 9 erledigt. Der Antrag 8 wird abgelehnt.

3. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. die Gewährung von Kriegsteuerungsbeihilfen an zur Disposition gestellte oder in den Ruhestand versetzte Zivilstaatsdiener, Lehrer an den Volksschulen, Leiter und Lehrer an den Winterschulen, Leiter und Lehrer an den höheren Schulen, den höheren Bürgerschulen und den Mittelschulen der Gemeinden und Gendarmen. 1. Lesung. (Anlage 40.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Die Anträge 1—4 werden angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung über die Beteiligung des Staates an der Förderung des Wohnungswesens. (Anlage 34.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der



Staatsregierung, betr. Einnahmen und Ausgaben des Landes-  
kulturfonds für das Jahr 1918. (Anlage 20.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

#### 6. Interpellation des Abg. Heitmann.

Die Interpellation wird sofort vom Oberfinanzrat  
Stein beantwortet.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Ent-  
würfe von Gesetzen, betr. Aenderung des Schulgesetzes für  
das Herzogtum Oldenburg vom 4. 2. 1910, für das Für-  
stentum Lübeck vom 4. 4. 1911 und für das Fürstentum  
Birkenfeld vom 4. 4. 1911. 2. Lesung. (Anlage 10.)

Berichterstatter: Abg. Dmmen.

Die Anträge 1 und 3 des Ausschusses werden an-  
genommen, darunter der Antrag 1 mit 18 gegen 13 Stim-  
men. Durch Annahme des Antrags 1 ist der Antrag 2  
erledigt.

Es tritt jetzt eine Vertagung von 15 Minuten ein.  
Der Vorsitzende eröffnet um 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr die neue Sitzung.  
Es wird verhandelt wie folgt:

Bericht des Finanzausschusses über das Finanzgesetz  
für 1918. 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. tom Dieck.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines  
Gesetzes für das Großherzogtum, betr. die Gewährung von  
Kriegsteuerungsbeihilfen an zur Disposition gestellte oder  
in den Ruhestand versetzte Zivilstaatsdiener, Lehrer an den  
Volksschulen, Leiter und Lehrer an den Winterschulen,  
Leiter und Lehrer an den höheren Schulen, den höheren  
Bürgerschulen und den Mittelschulen der Gemeinden und  
Gendarmen. 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 9. ordentlichen Sitzung des XXXIII. Landtags, 2. Versamm-  
lung, am 19. Februar 1918.

Schröder.

Schipper.



# Protokoll

über

## die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXIII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Neunte Sitzung.

Oldenburg, den 19. Februar 1918, vormittags 11 Uhr.

#### Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Versammlung durch den Präsidenten verliest der Abg. Schipper das Protokoll der letzten Sitzung, gegen das Einwendungen nicht erhoben werden.

Anschließend gibt Präsident Schröder die Neueingänge bekannt:

1. Vorlage Nr. 42 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Wahl eines ersten Stellvertreters des Mitgliedes des Oberverwaltungsgerichts.  
Plenum.
2. Vorlage Nr. 43 derselben, betr. Gesetzentwürfe für die drei Provinzen des Großherzogtums, betr. Aenderung der Schulgesetze.  
Verwaltungsausschuß.
3. Petition des Ausschusses der Beamten-, Lehrer- und Staatsarbeitervereinigungen hieselbst, betr. Erweiterung des Kriegszulagengesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
4. Petition des Vorstandes des Handwerkervereins für Stadt und Amt Norden, betr. Familienunterstützung für Frau Groenewold in Friederikensiel.  
Verwaltungsausschuß.
5. Petition der Handarbeitslehrerinnen des Fürstentums Birkenfeld, betr. Regelung des Gehalts der Handarbeitslehrerinnen des Fürstentums Birkenfeld.  
Finanzausschuß.
6. Petition des Amtrats des Amtsverbandes Jeber, betr. Aenderung der Gemeindeordnung.  
Verwaltungsausschuß.
7. Petition des Otto Holzbach in Herrstein, betr. Bewilligung von Kriegszulagen.  
Finanzausschuß.
8. Petition der Beamtenwitwen des Großherzogtums, betr. Gewährung von Teuerungszulagen.  
Finanzausschuß.
9. Vorlage Nr. 44 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. die Anstellung eines weiteren Mitgliedes des evangelischen Oberschulkollegiums.  
Finanzausschuß.
10. Schreiben des Oldenb. Landeslehrervereins, betr. Ueberreichung einer Denkschrift „Die Einheitschule“.  
Verteilt.
11. Petition der Ortsgruppe Rüstingen-Wilhelmshaven des deutschen Freidenkerbundes, betr. Trennung von Kirche und Schule.  
Verwaltungsausschuß.
12. Vorlage Nr. 45 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Nachbewilligung von 50 000 M zu § 2 der Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse des Herzogtums für 1918 zum Ankauf zweier Landstellen.  
Finanzausschuß.
13. Bitte der Ehefrau des Bürgermeistereihilfsboten Adams in Herrstein um Anstellung ihres Ehemannes.  
Verwaltungsausschuß.
14. Petition der Beamten und Arbeiter der Stationen Wilhelmshaven-Rüstingen, betr. Gewährung eines

Wohnungsgeldzuschusses für die dortigen Orte als  
Teuerungszulage.

Eisenbahnausschuß.

15. 88 Eingaben, vorwiegend aus dem oldenburgischen  
Münsterlande, betr. Protest gegen den Antrag tom  
Dieck.

Verwaltungsausschuß.

16. Vorlage Nr. 46 der Großherzoglichen Staatsregie-  
rung, betr. Bewilligung von 60 000 M aus der  
Zentralkasse zur Vinderung der durch Hochwasser im  
Fürstentum Birkenfeld hervorgerufenen Not.

Finanzausschuß.

17. Vorlage Nr. 47 derselben, betr. Entwurf eines Ge-  
setzes für das Großherzogtum wegen Abänderung  
des Besoldungsgesetzes vom 10. April 1911.

Finanzausschuß.

Mit Ueberweisung der Eingänge an die einzelnen Aus-  
schüsse ist der Landtag einverstanden. Zugleich beschloß der  
Landtag, die Anträge:

1. Ich beantrage:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregie-  
rung zu ersuchen, den auf dem Verwaltungswege  
eingeführten Ledigenabzug für Tagelöhner und  
Monatslohnempfänger aufzuheben.

Heitmann.

Verwaltungsausschuß.

2. Ich beantrage:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregie-  
rung zu ersuchen, dem Landtage in seiner nächsten  
Tagung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch  
welchen bestimmt wird, daß denjenigen Städten,  
die vom Staatsministerium innerhalb ihres Ge-  
bietes mit der Veranlagung und Erhebung der

Besitzsteuer und Kriegsabgabe beauftragt sind,  
seitens des Staates eine angemessene Entschädi-  
gung gewährt wird.

Dmmen.

Finanzausschuß.

in Betracht zu ziehen unter Zuweisung an die genannten  
Ausschüsse.

Nach Eintritt in die Tagesordnung werden verhandelt:

Zur Geschäftsordnung: Der selbständige Antrag tom  
Dieck über Aenderung des Staatsgrundgesetzes wird mit  
19 gegen 18 Stimmen als noch zu Recht bestehend an-  
erkannt.

1. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 36  
(Nachweisung über Beamtenwitwen, deren Witwengelder pp.).  
(Anlage 36.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

2. Bericht des Finanzausschusses zu der Vorlage der  
Staatsregierung, betreffend die Krongutrechnungen. (An-  
lage 39.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses über das Schreiben  
der Staatsregierung vom 9. November 1917, betreffend die  
gemäß Artikel 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes vorzulegen-  
den Rechnungen des Fürstentums Lübeck. (Anlage 30.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses über den selbstän-  
digen Antrag des Abg. Müller (Vorlegung gedruckter  
Nachweisungen über den Abschluß der Landesstellen).

Hierzu ein Verbesserungsantrag Müller, der ange-  
nommen wird.

Schluß der Sitzung 12,30 vormittags.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 10. ordentlichen Sitzung des XXXIII. Landtags, 2. Versamm-  
lung, am 4. März 1918.

Schröder.

Griep.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXIII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Zehnte Sitzung.

Oldenburg, den 4. März 1918, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten verlas der Schriftführer Abg. Griep das Protokoll der Sitzung vom 19. Februar. Dieses wurde, da keine Einwendungen erhoben wurden, genehmigt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Präsident des am Tage vorher erfolgten Friedensschlusses mit Rußland.

Es wurde sodann in die Prüfung der Wahllisten über die Wahl des neugewählten Abgeordneten Albers eingetreten. Die Prüfung erfolgte durch die 3. Abteilung (Wahlkreise 5—14), auf deren Antrag die Wahl für gültig erklärt wurde. Der Abg. Albers wurde durch den Präsidenten vereidigt und mit Zustimmung des Landtags dem Finanzausschuß zugeteilt.

Der Schriftführer, Abg. Schipper, verlas die neuen Eingänge:

1. Petition des Zentralverbandes deutscher Eisenbahner, Sitz Elberfeld, Bezirk Großherzogtum Oldenburg, betr. Wünsche in Gehalts- und Lohnfragen.

Finanzausschuß.

2. Vorlage Nr. 48 der Staatsregierung, betr. Gesetzentwurf wegen Aenderung der Oldenburgischen Brandkasse.

Finanzausschuß.

3. Vorlage Nr. 49 ders., betr. Nachbewilligung bis zu 19 000 M zum Voranschlag des laufenden Jahres für die Hafenkasse Brake.

Finanzausschuß.

4. Vorlage Nr. 50 ders., betr. Herstellung eines Schiff-

fahrtskanals oberhalb Oldenburg und eines Hafens daselbst.

Finanzausschuß.

5. Petition des Vorstandes des Landeslehrervereins des Fürstentums Lübeck, betr. Erhöhung der laufenden Kriegszulagen und Gewährung einer einmaligen Zulage für Ledige im Betrage von 150 M, für Verheiratete in Höhe von 200 M und für jedes Kind von 20 M.

Verwaltungsausschuß.

6. Bitte der Lehrerinnen und der jungen Nebenlehrer Küstringens um Erweiterung der Höchstgrenze der Aufwartekostenentschädigung.

Verwaltungsausschuß.

7. Gesuch der Frau Obervermessungsinspektors Siemers in Bechta und 25 Genossinnen um Aenderung der Bestimmung, betr. Abzüge von den Teuerungszulagen für im Heeresdienste stehenden Beamte.

Verwaltungsausschuß.

8. Vorlage Nr. 51 der Staatsregierung, betr. Entwurf eines Abänderungsgesetzes betr. Gewährung von Kriegszulagen an staatliche Beamte, Angestellte und Arbeiter sowie an Lehrer an den Volksschulen und an den landwirtschaftlichen Winterschulen.

Verwaltungsausschuß.

9. Petition der Beamten-Kriegerfrauen hies., betr. Auszahlung der Teuerungszulage an die als Unteroffiziere und Gemeine im Felde stehenden Beamten.

Verwaltungsausschuß.



Ferner machte der Präsident folgende Eingänge bekannt:

1. Petitionen Nr. 89—95 zum Antrag tom Dieck.  
Gegen den Antrag tom Dieck sind ferner eingegangene Petitionen:  
89. kath. Schulvorstand in Zever.  
90. Katholiken der Stadt Nordenham und der Gemeinde Blexen.  
91. Stadtrat und Gesamtstadtrat in Friesoythe.  
92. kath. Schulvorstand in Friesoythe.  
93. evang. Schulvorstand in Friesoythe.  
94. evang. Schulvorstand in Cloppenburg.  
95. Gemeinde Altenoythe.  
Verwaltungsausschuß.
2. Ein Schreiben des Abg. Tappenbeck, welches folgendermaßen lautet:  
Meinen Antrag, betreffend Bildung eines Ausschusses zur Vorbereitung der Neuordnung des Schulwesens, ziehe ich vorläufig zurück; ich behalte mir aber vor, den Antrag im Herbst wieder einzubringen.
3. Abg. Meyer zieht seinen Verbesserungsantrag zurück.
4. Selbständiger Antrag des Abg. Dömmen, betreffend Zahlung einer Entschädigung an diejenigen Städte, die mit der Veranlagung und Erhebung direkter Reichsteuern beauftragt sind.  
Der Landtag beschloß, den Antrag in Betracht zu ziehen.  
Finanzausschuß.
5. Selbständiger Antrag des Abg. Heitmann, betr. Aufhebung des Ledigenabzuges für Tagelöhner und Monatsgeldempfänger.  
Der Landtag beschloß, den Antrag in Betracht zu ziehen.  
Verwaltungsausschuß.
6. Petition der Frau Lüer's aus Osterburg, betreffend Steuerzuschulage.  
Verwaltungsausschuß.
7. Petition von Landwirten aus der Gemeinde Lohne wegen Wiedereröffnung der Molkerei in Lohne.  
Verwaltungsausschuß.
8. Petition des Plattdeutschen Vereins Berlin, betreffend Einführung der plattdeutschen Sprache in den Schulen.  
Verwaltungsausschuß.
9. Dringlicher selbständiger Antrag des Abg. Tanzen (Heering):  
Ich beantrage: Der Landtag wolle beschließen: Der in der 9. Sitzung der 2. Versammlung des 33. Landtags gefaßte Beschluß, betr. geschäftsordnungsmäßige Behandlung des Antrags tom Dieck wird aufgehoben.  
Die Dringlichkeit wurde von dem Antragsteller begründet und vom Landtag anerkannt. Abg. Driver

verlas mit Zustimmung des Landtags eine im Verwaltungsausschuß abgegebene Erklärung des Kultusministers folgenden Wortlauts: (s. stenogr. Bericht S. 167). Der Antrag Tanzen (Heering) wurde einstimmig angenommen.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Interpellation des Abg. Hug, betreffend Hochwasserschäden im Fürstentum Birkenfeld.

Mit Zustimmung des Landtages zurückgezogen.

2. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachbewilligung von Mitteln aus der Zentralkasse des Großherzogtums zur Beseitigung von Hochwasserschäden im Fürstentum Birkenfeld und zur Linderung der dadurch hervorgerufenen Notstände. (Anlage 46.)

Berichterstatter: Abg. Hug.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

3. Interpellation des Abg. Tanzen (Heering), betreffend Erhebungen und Maßnahmen zur Beseitigung des Mangels an Wohnungen.

Nach Vorbringung und Begründung der Interpellation wurde dieselbe seitens der Staatsregierung beantwortet. Auf Antrag des Abg. Hug erfolgte darauf eine Besprechung.

4. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Staatszuschuß zu den Kosten der vollspurigen Kleinbahn von Zwischenahn nach Edewecht und weiter. (Anlage 37.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Seitens der Staatsregierung wurde folgender Abänderungsantrag überreicht:

Ich beantrage zu Vorlage 37:

Die Ziffer 2 des Antrages dahin zu ändern, daß statt der Ausgabenposition § 318 K. a. die Position § 275 H. a. eingestellt wird.

Dieser Verbesserungsantrag wurde zur Beratung gestellt. Der Ausschußantrag wurde mit diesem angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Zusammenstellung über die Ergebnisse der Einkommensteuerschätzung für das Jahr 1916. (Anlage 38.)

Berichterstatter: Abg. Schipper.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses zu Anlage 47, betreffend Entwurf wegen Abänderung des Besoldungsgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg vom 10. April 1911. 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Ausschußantrag wurde angenommen. Etwaige Anträge zur 2. Lesung ersuchte der Präsident bis Dienstag vormittag 10 Uhr zu stellen.

7. Bericht des Finanzausschusses zu Anlage 41 über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend die Veranlagung der Veteranen zur Einkommensteuer. 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Griep.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Etwaige Anträge zur 2. Lesung wurden vom Präsi-  
denten bis Dienstag vormittag 10 Uhr erbeten.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Ent-  
würfe eines Gesetzes, betreffend Aenderung der Schulgesetze

- a) für das Herzogtum Oldenburg vom 4. Februar 1910,
  - b) für das Fürstentum Lüneburg vom 4. April 1911,
  - c) für das Fürstentum Birkenfeld vom 4. April 1911.
- (Anlage 43.)

Berichterstatter: Abg. Ufs.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 11. ordentlichen Sitzung der 2. Versammlung des XXXIII.  
Landtags am 12. März 1918.

Schröder.

Ommen.

Die Ausschußanträge wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung einzureichen wie bei Punkt 6  
und 7 der Tagesordnung.

9. Wahl eines ersten Stellvertreters des Mitgliedes  
des Oberverwaltungsgerichts, Gemeindevorstehera Langen  
in Stollhamm. (Anlage 42.)

Gewählt wurde Abg. Expedient Jordan aus Del-  
menhorst mit 23 Stimmen. Professor Dursthoff, Olden-  
burg, erhielt 16 Stimmen.

Schluß der Sitzung 1 Uhr mittags.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXIII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Elfte Sitzung.

Oldenburg, den 12. März 1918, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Der Abg. Dmmen verliest das Protokoll der letzten Sitzung, gegen welches Einwendungen nicht erhoben werden. Der Abg. Schipper verliest die Eingänge:

1. Vorlage Nr. 52 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Uebernahme eines Geschäftsanteils von 50 000 M an der Reichsfuttermittelstelle.  
Finanzausschuß.
2. Entschließung des Verbandes der Beamten-, Lehrer- und Staatsarbeitervereine im Großherzogtum Oldenburg, betr. Erweiterung des Kriegszulagengesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
3. Eingabe des Vorstandes des Vereins der Holzwärter im Herzogtum Oldenburg, betr. Verleihung der Zivilstaatsdienerereignenschaft an die Holzwärter.  
Finanzausschuß.
4. Vorlage Nr. 53 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Verkauf von zwei Parzellen des vorbehaltene Kronguts.  
Finanzausschuß.

Sodann teilte der Präsident den Eingang folgender selbständiger Anträge mit:

1. Selbständiger Antrag des Abg. Heitmann:

Ich beantrage:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, der Frage der Errichtung eines Möbelamtes für das Herzog-

tum und die Fürstentümer als Gesellschaft m. b. H. näherzutreten.

Verwaltungsausschuß.

2. Selbständiger Antrag des Abg. v. Fricken:

Ich beantrage:

Der Landtag wolle beschließen, dem folgenden Gesetzentwurf seine verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:

Entwurf eines Gesetzes

wegen Abänderung des Besoldungsgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg vom 10. April 1911.

Einziger Artikel.

In der dem Besoldungsgesetz für das Großherzogtum Oldenburg vom 10. April 1911 anliegenden Besoldungsordnung wird zu Nr. 25 (Archivar) die Bemerkung gestrichen.

Finanzausschuß.

3. Selbständiger Antrag des Abg. Dörr:

Ich beantrage:

Der Landtag wolle den folgenden beiden Gesetzentwürfen seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen:

I.

Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend Aenderung der Gemeindeordnung.



Die revidierte Gemeindeordnung vom 28. März 1876 wird dahin geändert:

In Artikel 55 Abs. 1 tritt an die Stelle des letzten Satzes folgende Bestimmung:

Die Kommissionen sind berechtigt, sich mit Zustimmung des Gemeinderats durch dazu bereitwillige Gemeindeangehörige männlichen oder weiblichen Geschlechts, die das 24. Lebensjahr vollendet haben, zu verstärken. Sie sind dem Schöffen untergeordnet und werden durch denselben nach außen, namentlich bei den Behörden, vertreten.

## II.

Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend Aenderung des Gesetzes über das Armenwesen.

Das Gesetz über das Armenwesen vom 28. März 1876 wird dahin geändert:

Art. 3 erhält folgenden zweiten Absatz:

Die Armenkommission ist berechtigt, sich mit Zustimmung des Bürgermeistereirats durch dazu bereitwillige Gemeindeangehörige männlichen oder weiblichen Geschlechts, die das 24. Lebensjahr vollendet haben, zu verstärken.

Verwaltungsausschuß.

Auf Antrag des Abg. Behrens wird Punkt 10 von der Tagesordnung abgesetzt.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten und verhandelt wie folgt:

1. Bericht des Finanzausschusses zu Anlage 41 über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betr. die Veranlagung der Veteranen zur Einkommensteuer. 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Griep.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

2. Bericht des Finanzausschusses zu Anlage 47, betr. Entwurf wegen Abänderung des Befoldungsgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg. 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Entwurfe: Aenderung der Schulgesetze

a) für das Herzogtum Oldenburg vom 4. Februar 1910,

b) für das Fürstentum Lübeck vom 4. April 1911,

c) für das Fürstentum Birkenfeld vom 4. April 1911.

2. Lesung. (Anlage 43.)

Berichterstatter: Abg. Ufs.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Handarbeitslehrerinnen des Fürstentums Birkenfeld.

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Nachbewilligung zum Vorausschlag des laufenden Jahres für die Hafenkasse Brake für Herstellung einer Feuerlöschvorrichtung am Pier- und Dockgelände in Brake. (Anlage 49.)

Berichterstatter: Abg. Jordan.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

6. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petitionen des Zweckverbandes Deutscher Eisenbahner (Sitz Elberfeld) vom 24. November 1917 und 20. Februar 1918.

Berichterstatter: Abg. König.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Wirtevereinigung des Großherzogtums Oldenburg, betr. die Errichtung einer Abteilung für das Gastwirts-gewerbe bei der hiesigen Handelskammer.

Berichterstatter: Abg. Behrens.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Handwerkervereins in Norden, betr. Familienunterstützung von Kriegsteilnehmern.

Berichterstatter: Abg. Behrens.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Rechtsschutzverbandes für Frauen, betr. das Recht der Eltern über die religiöse Erziehung ihrer Kinder.

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Bitte der Lehrerinnen und der jungen Nebenlehrer Küstringens um Erweiterung der Höchstgrenze der Aufwartekostenentschädigung.

Berichterstatter: Abg. Dmmen.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Heitmann, betr. den Ledigenabzug für Tagelöhner und Monatslohnempfänger.

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Der Antrag 1 wird angenommen. Dadurch ist der Antrag 2 erledigt.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Tanzen (Stollhamm), betr. Aenderung des Schulgesetzes.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Stollhamm).

Der Abg. Dmmen stellt zum Antrage 2 des Ausschusses den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Der Antrag 1 wird gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 2 wird mit 30 gegen 11 Stimmen angenommen.

Mit „ja“ stimmen die Abgeordneten: Albers, Bäuerle, Behrens, Brumund, Buddenberg, Bull, Dannemann, Feldhus, Fick, Heitmann, Hug, Jordan, Kleen, Koopmann, Lanje, v. Lebekow, Meyer, Möller, Müller, Dmmen, Schipper,

Schmidt (Zetel), Schmidt (Delmenhorst), Schröder, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Wessels.

Mit „nein“ stimmen die Abgeordneten: Alfs, Berding, Driver, Feigel, v. Fricken, Griep, Hartong, Hollmann, König, Mohr, Westendorf.

13. Bericht der Mehrheit und Minderheit des Verwaltungsausschusses über den im Namen von 14 Abgeordneten der liberalen Gruppe gestellten selbständigen Antrag des Abg. Tappenbeck, betr. Aenderung der Gemeindeordnungen für das Herzogtum Oldenburg und die Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld.

Berichterstatter der Mehrheit: Abg. Tappenbeck.

Berichterstatter der Minderheit: Abg. Hartong.

Der Antrag 1 wird angenommen.

Zum Antrag 2 stellt der Abg. Brumund einen Antrag auf namentliche Abstimmung.

Der Antrag 2 wird mit 23 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Mit „ja“ stimmen die Abgeordneten: Albers, Bäuerle, Behrens, Brumund, Buddenberg, Bull, Fid, Heitmann, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Ommen, Schmidt (Delmenhorst), Tanzen (Heering), Wessels.

Mit „nein“ stimmen die Abgeordneten: Alfs, Berding, Dannemann, Driver, Feigel, v. Fricken, Griep, Hartong, Hollmann, König, Koopmann, Lanje, v. Levezow, Mohr, Müller, Schipper, Schmidt (Zetel), Schröder, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Westendorf.

Der Antrag 3 wird angenommen.

Der Antrag 4 wird angenommen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 12. ordentlichen Sitzung des XXXIII. Landtages, 2. Versammlung, am 13. März 1918, vormittags 10 Uhr.

Schröder.

Schipper.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXIII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Zwölfte Sitzung.

Oldenburg, den 13. März 1918, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden verliest der Abgeordnete Schipper das Protokoll der letzten Sitzung, gegen das Einwendungen nicht erhoben werden.

In der Tagesordnung werden verhandelt:

Fortsetzung der Tagesordnung vom 12. März 1918.

Punkt 13. Bericht der Mehrheit und Minderheit des Finanzausschusses über den im Namen von 14 Abgeordneten der liberalen Gruppe gestellten selbständigen Antrag des Abg. Tappenbeck, betr. Aenderung der Gemeindeordnungen für das Herzogtum Oldenburg und die Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld. Antrag 5—15.

Berichterstatter der Mehrheit: Abg. Tappenbeck.

Berichterstatter der Minderheit: Abg. Hartong.

Antrag 5 wird angenommen.

Antrag 6 mit 20 gegen 20 Stimmen unentschieden.

Mit „ja“ stimmten die Abgeordneten: Albers,

Bäuerle, Behrens, Brumund, Buddenberg, Bull, Fick, Heitmann, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Müller, Ommen, Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Wessels.

Mit „nein“ stimmten die Abgeordneten Alfs, Berding, Dannemann, Driver, Enneling, Feigel, Feldhus, Griep, Hartong, Hollmann, König, Koopmann, Lanje, von Lebekow, Mohr, Plate, Schipper, Schmidt (Zetel), Schröder, Westendorf.

Die Abstimmung soll in der nächsten Sitzung wiederholt werden.

Die Anträge 7—14 werden angenommen.

Die Abstimmung über Antrag 15 wird bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt.

Schluß der Sitzung 11,40 Uhr vorm.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 13. Sitzung der 2. Versammlung des XXXIII. Landtags am 18. März 1918, vorm. 10 Uhr.

Schröder.

Griep.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXIII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Dreizehnte Sitzung.

Oldenburg, den 18. März 1918, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden verlas der Schriftführer Abg. Griep das Protokoll der letzten Sitzung, welches genehmigt wurde.

Der Präsident teilte mit, daß die Staatsregierung die Vorlage Anlage 50 zurückziehe.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über die vom Gemeindevorsteher Ommen-Minsen im Auftrage des Amtrats von Jeber an den Landtag gerichtete Petition.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Kodenkirchen).

Der Ausschußantrag 1 wurde gegen 9 Stimmen abgelehnt, der Ausschußantrag 2 mit 20 gegen 15 Stimmen angenommen, womit der Antrag 3 erledigt war.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Oldenburgische Brandkasse. (Anlage 48.)

Berichterstatter: Abg. Alfs.

Die Ausschußanträge wurden angenommen, Anträge zur 2. Lesung des Gesetzentwurfs vom Präsidenten bis abends 7 Uhr erbeten.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Schornsteinfegermeisters Karl Keelfs, zurzeit Fürstenau, um Uebertragung des Kreisbezirks Butjadingen-Nord.

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbst-

ständigen Antrag des Abg. Heitmann, betreffend Schaffung eines Möbelamtes.

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 53, betreffend Veräußerung von Grundstücken an der Ofenerstraße in Oldenburg.

Berichterstatter: Abg. Brumund.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses zu dem selbständigen Antrage des Abg. v. Fricke.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Ausschußantrag wurde angenommen. Anträge zur 2. Lesung wie bei Punkt 2 der Tagesordnung.

7. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Ommen.

Berichterstatter: Abg. Brumund.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

8. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Uebernahme eines Geschäftsanteils der Geschäftsabteilung der Reichsfuttermittelstelle, G. m. b. H.

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Beamten-Witwen des Großherzogtums, betreffend Gewährung von Teuerungszulagen.

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Beamten und Arbeiter der Stationen Wilhelmshaven-Rüstringen, betreffend Gewährung von Wohnungsgeldzuschuß.

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Abg. Schmidt (Delmenhorst) beantragte, die Petition an den Verwaltungsausschuß zur nochmaligen Beratung zurückzuverweisen. Mit Zustimmung des Antragstellers wurde die Beratung dieses Antrags zurückgestellt bis zur Beratung über Anlage 51 (Punkt 11 dieser Tagesordnung). Die Abstimmung über Punkt 10 der Tagesordnung wurde ebenfalls bis dahin ausgesetzt.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Gesetz vom 10. Januar 1918, betreffend die Gewährung von Kriegszulagen an staatliche Beamte, Angestellte und Arbeiter, sowie an Lehrer an den Volksschulen und an den landwirtschaftlichen Winterschulen. (Anlage 51.)

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Die in dem Bericht genannte Minderheit zog mit Zustimmung des Landtags die von ihr gestellten Anträge 1, 4 und 5 zurück.

Zum Antrag 2 wurde folgender Verbesserungsantrag des Abg. Tanzen (Heering) überreicht:

Annahme des Artikels 1 mit der Aenderung, daß die erste Zahl 684 in 756, die Zahl 756 in 864, die Zahl 792 in 900 umgeändert wird.

Dieser Verbesserungsantrag wurde angenommen, wodurch der Ausschußantrag Nr. 2 sich erledigte. Der Antrag 3 des Ausschusses wurde angenommen. Anträge zur 2. Lesung wie bei Punkt 2 der Tagesordnung.

Abg. Meyer überreichte folgenden Antrag, welcher unterstützt wurde:

Der Landtag wolle beschließen, der Staatsregierung eine Bauschumme von 60 000 *M* zur Verfügung zu stellen, um daraus während des laufenden Etatsjahres an Beamte und Arbeiter außerordentliche Zuwendungen zur Bestreitung besonders hoher Wohnungsmieten, die aus der allgemeinen Teuerung entstanden sind, zu machen. Ueber die Verwendung ist dem Landtage bei seinem nächstjährigen Zusammentritt Nachweisung zu geben.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 14. ordentlichen Sitzung des XXXIII. Landtags, 2. Versammlung, am 19. März 1918.

Schröder.

Griep.

Abg. Meyer zog diesen Antrag wieder zurück. Antrag 6 des Ausschusses wurde angenommen, Antrag 7 abgelehnt.

Abg. Schmidt (Delmenhorst) zog darauf seinen Antrag zu Punkt 10 der Tagesordnung zurück. Punkt 10 wurde auf Antrag des Abg. Schmidt (Delmenhorst) von der Tagesordnung abgesetzt.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Behrens, betreffend Ernährungsfragen.

Berichterstatter: Abg. Behrens.

Der Antrag des Abg. Hug auf Absetzung von der Tagesordnung wurde abgelehnt. Ein Antrag des Abg. Tanzen (Heering) auf Schluß der Debatte über Punkt 1 wurde angenommen. Die Ausschußanträge wurden angenommen.

13. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Bezirksausschusses für Konsumenteninteressen für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Berufung von Vertretern der Konsumenten in die Landeszentralstellen für Lebensmittelversorgung.

Berichterstatter: Abg. Behrens.

Abgesetzt. Wurde als erster Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

14. Wiederholung der Abstimmung über Antrag 6 und Abstimmung über Antrag 15 zum selbständigen Antrag Tappenbeck.

Berichterstatter: Die Abgg. Tanzen (Rodenkirchen) und Hartong.

Antrag 6 wurde in namentlicher Abstimmung mit 20 gegen 18 Stimmen angenommen.

Mit „ja“ stimmten die Abgeordneten: Albers, Behrens, Brumund, Buddenberg, Bull, Fick, Heitmann, Hug, Jordan, Kleen, Meyer, Möller, Ommen, Schmidt (Delmenhorst), Steenbock, Tanzen (Stollhamm), Tanzen (Heering), Tanzen (Rodenkirchen), Tappenbeck, Wessels.

Mit „nein“ stimmten die Abgeordneten: Alfs, Berding, Dannemann, Driver, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Fricken, Hartong, Hollmann, König, Koopmann, v. Levegow, Plate, Schipper, Schmidt (Zetel), Schröder, Westendorf.

Schluß der Sitzung 9<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

# Protokoll

über

## die Verhandlungen

der

### 2. Versammlung des XXXIII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

#### Vierzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 19. März 1918, vormittags 11 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Abg. Dmmen das Protokoll der vorigen Sitzung.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Als erster Gegenstand wurde der unter Punkt 13 der vorigen Tagesordnung aufgeführte

Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Bezirksausschusses für Konsumenteninteressen für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Berufung von Vertretern der Konsumenten in die Landeszentralstellen für Lebensmittelversorgung, zur Verhandlung gestellt.

Berichterstatter: Abg. Behrens.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

1. Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe der Ehefrau des Bürgermeisterei-Hilfsboten Adams zu Herrstein um Anstellung ihres Mannes als Zivilstaatsdiener und um Erhöhung ihres Einkommens.

Berichterstatter: Abg. Hug.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

2. Bericht desselben über die Eingabe des Bürgermeisterei-Hilfsboten-Stellvertreters Holzbach zu Herrstein um Gewährung der staatlichen Kriegsteuerzulage.

Berichterstatter: Abg. Hug.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

3. Bericht desselben über den selbständigen Antrag des Abg. Schröder, betreffend Abänderung der Geschäftsordnung,

und über den dazu gestellten Verbesserungsantrag des Abg. von Lebekow. 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Schröder.

Die Anträge 1—3 des Ausschusses wurden angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind in einer Stunde zu stellen.

4. Bericht desselben über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Anstellung eines dritten Oberschulrats beim evangelischen Oberschulkollegium. (Anlage 44.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen (Heering).

Der Antrag des Ausschusses (Ziffer 1 und 2) wird mit 29 gegen 7 Stimmen angenommen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über eine von verschiedenen Vereinen unterzeichnete Eingabe, betreffend Fortbildung der schulentlassenen Mädchen, nebst beigefügter Denkschrift.

Berichterstatter: Abg. Dmmen.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Vorstandes des Vereins der Holzwärter für das Herzogtum Oldenburg.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Antrag des „Allgemeinen plattdeutschen Verbandes G. V.“ auf



nachdrückliche Unterstützung der Bestrebungen zur Unterhaltung und Förderung der niederdeutschen Sprache.

Berichterstatler: Abg. Dmmen.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

8. Bericht desselben über den selbständigen Antrag des Abg. Dörr, betreffend den Entwurf

- 1. eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld wegen Aenderung der Gemeindeordnung vom 28. März 1876,
- 2. eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld wegen Aenderung des Gesetzes über das Armenwesen vom

28. März 1876. 1. Lesung.

Berichterstatler: Abg. Hartong.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind in einer Stunde zu stellen.

9. Vertrauliche Beratung über die vertrauliche Vorlage vom 11. März 1918.

Nachdem die Doffentlichkeit wieder hergestellt war, zeigte der Präsident die Tagesordnung für die heute nachmittag 5 Uhr stattfindende Sitzung an.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 15. ordentlichen Sitzung des XXXIII. Landtages, 2. Versammlung, am 19. März 1918, nachmittags 5 Uhr.

Schröder.

Dannemann.



# Protokoll

über

## die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXIII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Fünfzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 19. März 1918, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten verlas Abg. Dannemann als Schriftführer das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde. Sodann wurde die Tagesordnung, wie folgt, erledigt:

1. Bericht des Finanzausschusses zum selbständigen Antrag des Abg. v. Fricke, betr. Aenderung der Befoldungsordnung. 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Oldenburgische Brandkasse. 2. Lesung. (Anlage 48.)

Berichterstatter: Abg. Alfs.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Gesetze vom 10. Januar 1918, betr. die Gewährung von Kriegszulagen an staatliche Beamte, Angestellte und Arbeiter etc. 2. Lesung. (Anl. 51.)

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Der Verbesserungsantrag Steenbock (Antrag 1) und der Verbesserungsantrag Meyer (Antrag 2) wurden abgelehnt. Die Ausschußanträge Nr. 3 und 4 wurden angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses zur zweiten Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betr. Aenderung der Geschäftsordnung des Landtags.

Berichterstatter: Abg. Schröder.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Dörv, betr. den Entwurf

1. eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld wegen Aenderung der reb. Gemeindeordnung vom 28. März 1876,
2. eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld wegen Aenderung des Gesetzes über das Armenwesen vom 28. März 1876. 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Hartong.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

3a. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Beamten und Arbeiter der Stationen Wilhelmshaven-Rüstringen, betr. Gewährung von Wohnungsgeldzuschuß.

Berichterstatter: Abg. Schmidt (Zetel).

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition von Landwirten aus der Gemeinde Lohne wegen Wiedereröffnung der Molkerei zu Lohne.

Berichterstatter: Abg. v. Fricke.

Der Ausschußantrag 2 wurde angenommen, damit Antrag 1 erlediat.

7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über Anlage 45.

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Der Präsident gibt eine Uebersicht über die vom Landtage erledigten Beratungsgegenstände.

Minister Scheer erklärt nach einer Schlußansprache im Auftrage S. R. H. des Großherzogs den Landtag für geschlossen. Präsident Schröder schließt die Sitzung mit einem Hoch auf den Großherzog, in das die Anwesenden einstimmen.

Festgestellt am 19. März 1918 durch den Gesamtvorstand.

Schröder.

Tanzen (Stollhamm).

Ommen.

Schipper.